MAINZ · BINGEN
Kreisverwaltung

PRESSEMELDUNG
Montag, 2. November 2026

Herr Bardo Faust
Pressesprecher
Büro Landrat
Tel. 06132 7 87-1012
Fax 06132 7 87-971012
presse@mainz-bingen.de

Integrierte Gesamtschulen in Ingelheim und Nieder-Olm sollen sechszügig werden: Landkreis justiert Schulplanung neu

Neue Entwicklungen bei der Schulentwicklungsplanung im Landkreis Mainz-Bingen: Landrat Thomas Barth und die Schulverwaltung schlagen den Gremien vor, die Anträge für die bisher geplanten Neubauten eines Gymnasiums in Stadecken-Elsheim und einer IGS in Mommenheim zurückzuziehen. Stattdessen sollen die Integrierten Gesamtschulen in Ingelheim und Nieder-Olm auf sechs Züge erweitert und damit 112 weitere IGS-Plätze im Landkreis geschaffen werden.

„Wir müssen unsere Schulentwicklungsplanung immer wieder an den tatsächlichen Bedarf und neue Erkenntnisse anpassen. Mit den IGS-Erweiterungen erfüllen wir den Wunsch der Eltern, die ihre Kinder in überwiegender Mehrheit an einer IGS anmelden wollen“, sagt Landrat Thomas Barth. Und der für den Bereich Schulen zuständige 1. Kreisbeigeordnete Steffen Wolf fügt hinzu: „Die Erweiterungen bieten uns die Chance, schneller zusätzliche Schulplätze zu schaffen, dem Elternwillen besser gerecht zu werden und gleichzeitig unsere Gymnasien gezielt zu entlasten. Wichtig ist dabei, dass wir keine vorschnellen oder unumkehrbaren Entscheidungen treffen. Deshalb halten wir uns die Option eines neuen Gymnasiums offen, bis über die Erweiterungen der bestehenden Schulen entschieden ist.“

Bereits Anfang des Jahres war die sechszügige Erweiterung der IGS im Landkreis geprüft worden. Die Idee wurde allerdings damals aufgrund der fehlenden Zustimmung von ADD und Ministerium nicht weiterverfolgt – die Beschlüsse pro Gymnasium in Stadecken-Elsheim und IGS in Mommenheim wurden gefasst. Mit der neuen Landesregierung, die eine Erweiterung von Integrierten Gesamtschulen auf sechs Züge per Koalitionsvertrag grundsätzlich ermöglicht hat, änderten sich aber die Rahmenbedingungen. Ergebnis: Nach intensiven Gesprächen mit dem Land und den betroffenen Schulen werden demnächst der Schulträgerausschuss und der Kreisausschuss zu dem Verwaltungsvorschlag der IGS-Erweiterungen beraten. Endgültig gefasst werden soll der Beschluss schließlich im Kreistag im Dezember.

Der Elternwille pro IGS ist leicht zu dokumentieren: Im aktuellen Schuljahr mussten an den beiden Schulen in Ingelheim und Nieder-Olm zusammen 254 Schülerinnen und Schüler abgelehnt werden, während lediglich 224 aufgenommen werden konnten. Nach einer Erweiterung könnten 168 Schülerinnen und Schüler je Jahrgang und Standort – also insgesamt 336 an beiden Schulen – aufgenommen werden. Der bestehende Nachfrageüberhang würde erheblich reduziert. Dennoch bliebe aufgrund der weiterhin hohen Nachfrage eine angemessene Auswahl unter den

Bewerberinnen und Bewerbern bestehen, um das pädagogische Konzept der IGS mit Schülerinnen und Schülern verschiedener Schulniveaus nicht zu gefährden.

Dazu kann die Erweiterung deutlich schneller umgesetzt werden als ein Schulneubau auf der grünen Wiese. Beide Schulen bestehen bereits, verfügen über entsprechende bauliche Strukturen und sind nach den vorliegenden Prüfungen der Architekten der Fachabteilung grundsätzlich erweiterbar. Das ist auch deshalb wichtig, weil sie damit dann zu einer echten Entlastung werden können, wenn sie auch gebraucht wird. Ein neues Gymnasiums-Gebäude wäre im Zweifel erst dann bezugsfertig, wenn die Zahl der Schulkinder schon wieder abflaut, denn: Nach derzeitiger Planung nehmen die Schülerinnen und Schüler an den weiterführenden Schulen des Landkreises zwar bis 2030 noch zu. Danach sinkt diese Zahl aber wieder auf das heutige Niveau.

Konkret wurden jetzt zudem die aktuellen Geburtenzahlen und die daraus resultierenden künftigen Einschulungen erneut mit den Prognosen des Schulentwicklungsplans abgeglichen, um deren Plausibilität zu überprüfen. Dabei zeigte sich, dass die bisher für das Schuljahr 2032/33 prognostizierten 2054 Einschulungen wahrscheinlich nicht erreicht werden. Tatsächlich wurden laut Einwohnermeldeamt im vergangenen Jahr, vom 1. September 2025 bis zum 31. August 2026, lediglich 1623 Kinder geboren. Die Differenz von 431 Kindern allein durch einen möglichen Zuzug zu erklären, erscheint aus Sicht der Fachabteilung nicht plausibel.

Zuletzt ist die Variante der Erweiterung der beiden bestehenden Integrierten Gesamtschulen auch wirtschaftlich deutlich günstiger zu haben. Für ein neues vierzügiges Gymnasium in Stadecken-Elsheim würden Investitionen von etwa 80 Millionen Euro nötig. „Der jetzt vorliegende Beschluss ist unser Vorschlag an den Kreistag, damit die von uns erhoffte Entlastung bei den Schulplätzen so schnell wie möglich greift und wir den Eltern ein dementsprechendes Angebot machen können“, sagt Landrat Thomas Barth.